



Presseschau vom 06.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Tilo Gräser: "Grundrechte-Report 2021": Deutliche Kritik an staatlichem Verhalten – mit selbst gesteckten Grenzen

Die 25. Ausgabe des "wahren Verfassungsschutzberichtes" beschreibt die Lage der Grundrechte. Politik und Behörden ignorieren sie und stellen sie in Frage, zeigen die Einzelanalysen zu den Grundgesetz-Artikeln. Allerdings wird ein wichtiges Thema ausgelassen. ...

<https://kurz.rt.com/2lx0>

Dagmar Henn: Etwas Unterwerfung muss drin sein – Tafel-Ausgabe nur noch für Geimpfte, Genesene, Getestete

Die Marburger Tafel will ab 16. August, also ehe bundesweit die Regeln wieder verschärft werden, nur noch Geimpfte, Genesene und Getestete bedienen. Der Bundesverband der Tafeln stellt sich dahinter. So funktioniert der Impfzwang für Arme. ...

<https://kurz.rt.com/2m47>

abends/nachts:

deu.belta.by: Belarussische Grenzer verstärken Schutz der Staatsgrenze

Im Auftrag des belarussischen Staatschefs will der Grenzdienst den Schutz der belarussischen

Staatsgrenze verstärken. Das teilte der offizielle Vertreter des Staatlichen Komitees für Grenzschutz Anton Bytschkowski mit.

„In erster Linie wurden Maßnahmen zum besseren und zusätzlichen Schutz der grünen Grenze getroffen. Die Zahl der Aufgebote wurde vergrößert. Die Aufteilung der Mittel und Kräfte wurde optimiert“, erzählte Anton Bytschkowski.

Der Grenzdienst hat seine Aktivitäten mit dem Verteidigungsministerium und Innentruppen des Ministeriums des Inneren abgestimmt. Sie bilden Reserven aus den Abteilungen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1628182941_57992_big.jpg

de.rt.com: **Inmitten der Spannungen zwischen Iran und Israel: Tel Aviv droht erneut mit Krieg**

In den letzten Tagen hatte sich die Situation am Persischen Golf erneut angespannt, nachdem es zu einem Angriff auf einen israelischen Tanker vor der Küste Omans gekommen war. Israel droht Iran nun mit Krieg, um das Atomprogramm des Landes zu stoppen.

Israels Verteidigungsminister Benny Gantz hat mitgeteilt, das israelische Militär sei bereit, Maßnahmen gegen Iran zu ergreifen, und nannte das Land "ein globales und regionales Problem". Die Kommentare erfolgen nur wenige Tage, nachdem die Spannungen in der Region angesichts eines tödlichen Drohnenangriffs auf den israelischen Tanker MV Mercer Street vor der Küste Omans eskaliert sind. Israel machte Iran für den Angriff verantwortlich. Die Attacke soll eine Antwort auf jüngste israelische Luftangriffe auf Ziele in Syrien gewesen sein.

Auf die Frage der israelischen Nachrichtenseite Ynet, ob Israel bereit sei, im Bedarfsfall einen Militärschlag gegen Iran durchzuführen, antwortete Gantz mit einem schlichten "Ja". Er fügte hinzu, Israel konzentriere sich auf die Bemühungen, die internationale Gemeinschaft zu mobilisieren, um Teheran einzudämmen.

"Die Welt muss sich mit Iran befassen, die Region muss sich mit Iran befassen, und auch Israel muss seinen Beitrag zu dieser Situation leisten", erklärte er. Die Frage, ob er sich auf die Beteiligung der Weltgemeinschaft an militärischen Aktionen gegen Iran beziehe, bejahte der Verteidigungsminister.

Iran habe alle Richtlinien, die im Atomabkommen festgelegt wurden, verletzt und sei nur noch rund "zehn Wochen" davon entfernt, "um waffenfähiges Material zu beschaffen, das für eine Atomwaffe notwendig ist", behauptete Verteidigungsminister Gantz am Mittwoch bei einem Treffen mit Botschaftern von Mitgliedsländern des UN-Sicherheitsrats.

Der Oberbefehlshaber der Iranischen Revolutionsgarde, Generalmajor Hussein Salami, erklärte am Mittwoch, dass Iran für jedes Szenario bereit sei. Diese Einsatzbereitschaft umfasse "alle Dimensionen der starken iranischen Verteidigungskräfte". Salami zufolge sei die Kampfkraft der Revolutionsgarde so hoch, um gegen jeden Feind hart reagieren zu können, berichtet Press TV.

Seit mehr als zehn Jahren behauptet Israel, dass Iran nur wenige Wochen vom Bau einer Atombombe entfernt sei. US-Außenminister Antony Blinken hatte erst im Februar behauptet, ohne dies weiter zu belegen, dass Iran nur wenige Monate oder gar Wochen davon entfernt sei, genug spaltbares Material für den Bau einer Atombombe zu besitzen. Ob Israel in der Lage ist, iranische Atomanlagen anzugreifen, wie Gantz in letzter Zeit mehrfach drohte, ist zu bezweifeln. Sollten die Iraner der Bombe tatsächlich sehr nahe gekommen sein, würde Israel keine Minute zögern, loszuschlagen. Doch die Israelis wissen, dass der Schlag unvollkommen wäre. Die unterirdischen Anlagen Irans sind nur mit Raketen zu erreichen, die tief in die Erde eindringen, wobei die Raketen als solche unterirdische Anlagen nicht völlig zerstören.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/610be791b480cc5d826b84ec.JPG>

de.rt.com: **Nach Sperrung: Chodorkowski-Medien stellen Arbeit in Russland ein**

Die Investigativplattform "Offene Medien" und die Internetzeitung "MBCh Media" haben nach der Sperrung ihrer Websites durch die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor ihre Tätigkeit beendet. Beide Medien wurden von dem im Ausland lebenden Kremlgegner Michail Chodorkowski gegründet.

Die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor hat den Zugang zu mehreren Websites eingeschränkt. Dazu gehören Webseiten der Investigativplattform Offene Medien, der Internetzeitung MBCh Media, zwei Seiten der politischen Organisation "Offenes Russland" und die Website des damit verbundenen menschenrechtlichen Projektes. Der Grund sind Verbindungen zu in Russland unerwünschten Organisationen.

Am Donnerstag teilten die Informationsprojekte Offene Medien und MBCh Media die Einstellung der Tätigkeit mit. Beide Medien sind Projekte des im Ausland lebenden Kremlgegners Michail Chodorkowski.

Die Risiken für die eigenen Mitarbeiter seien zu groß geworden, erklärte die Redaktion der Offenen Medien am Donnerstag auf Telegram. Die Chefredakteurin von MBCh Media Weronika Kuzyllo kommentierte die Schließung auf Facebook:

"Ich bin nicht bereit, die Freiheit und das Leben anderer Menschen unter Gefahr zu stellen. Ebenso wenig Michail Chodorkowski. Das 'MBCh Media'-Projekt ist geschlossen."

Die Bewegung "Offenes Russland", die sich für die Transformation Russlands in eine liberale Demokratie einsetzt, wurde von Chodorkowski im Jahr 2014 gegründet. Im Mai erklärte die russische Generalstaatsanwaltschaft die Organisation für ihre Rolle in der Protestbewegung in Russland als unerwünscht. Daraufhin kündigte die Bewegung ihre Selbstaflösung für den Schutz der Anhänger an. Die Informationsprojekte Offene Medien und MBCh Media hatten sich in diesem Zusammenhang als unabhängige Strukturen positioniert.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/610bf086b480cc6a72538d73.jpg>

rusvesna.su: **Das Oberhaupt der DVR reagierte auf Selenskijs Worte über den Donbass und die Russen**

Der Staatschef der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, sagte, die Worte des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij über die Russen und den Donbass seien "unbestreitbare Beweise für die Untauglichkeit der ukrainischen Regierung". Er sagte dies in einem Kommentar zu RIA Novosti Krim.

Zuvor hatte Wladimir Selenskij erklärt, dass die Krim und der Donbass „niemals russisches Territorium sein werden“, und schlug vor, dass die Bewohner der Halbinsel und der Volksrepubliken nach einem Platz in Russland suchen sollten.

Das Oberhaupt der DVR stellte fest, dass Wladimir Selenskij zuerst versprochen habe, „die Krim zurückzuholen“, und dann „den Krieg zu beenden“, und jetzt fordert er die Bewohner des Donbass auf, „nach einem Platz in Russland zu suchen“.

„Das heißt, Millionen Bürger der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, für die der Donbass russisch war ist und bleibt, sollten ihre Häuser verlassen und gehen? Bei der absurden Perspektive dauerhaft in der „Unabhängigen“ (Ukraine, A.d.Ü.) zu bleiben?

Sollte jemand in einem Land leben wollen, das unter dem Deckmantel einer Anti-Terror-Operation alte Menschen und Kinder tötet?

Dies sind nicht mehr nur absurde Aussagen, sondern ein unbestreitbarer Beweis für die Unzulänglichkeit der aktuellen ukrainischen Regierung“, betonte der DVR-Chef.

Er erinnerte daran, dass in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk inzwischen mehr als 600.000 russische Bürger leben.

„Und diese Zahl wächst täglich. Der Donbass intensiviert täglich die Interaktion mit russischen Regionen, integriert sich in das politische System Russlands, entwickelt seine Wirtschaft und Industrie. Wir bauen unsere Zukunft dank der Hilfe befreundeter Länder, trotz aller Schwierigkeiten, trotz des ukrainischen Beschusses und der Blockade“, sagte Denis Puschilin.

Er fügte hinzu, dass der Donbass aufgrund der russophoben Politik und der gewaltsamen Ukrainisierung beschlossen habe, sich von der Ukraine abzuspalten.

„Im Gegensatz zur Ukraine schaffen wir kein diskriminierendes System aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit und verletzen nicht die Rechte der multinationalen Bevölkerung, die auf unserem Territorium lebt“, bemerkte das Oberhaupt der Republik.

Die Bürger der DVR und LVR, so Denis Puschilin, werden den Donbass niemals verlassen.

„Der Donbass und der Rest der Ukraine leben bereits in unterschiedlichen Dimensionen. Historisches Gedächtnis und Respekt vor der Vergangenheit sind uns sehr wichtig – dies ermöglicht es, unseren Nachkommen die richtigen Richtlinien zu vermitteln.

Und natürlich werden wir nirgendwo hingehen und nicht gehen. Im Gegenteil, wir sind jetzt

überwältigt von den tatsächlichen Mechanismen der Hilfeleistung für Russen und russischsprachige Menschen, die auf dem historisch russischen Territorium der gesamten Ukraine leben“, fasste der Chef der DVR zusammen.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/1_pushilin_6.jpg

snanews.de: **Ebrahim Raisi als neuer Präsident des Iran vereidigt**

Im iranischen Parlament ist am Donnerstag Ebrahim Raisi als neuer Präsident des Landes vereidigt worden. Raisi hat die Präsidentenwahl im Juni mit knapp 62 Prozent der Stimmen gewonnen.

Mit Raisi als Präsident sind nun alle drei Mächtsäulen des Staates – Exekutive, Legislative und Judikative – unter der Kontrolle der Erzkonservativen und Hardliner.

Der 1960 in Maschad im Nordosten des Iran geborene Raisi gilt als Schützling des geistlichen Anführers Ajatollah Ali Chamenei, der in allen wichtigen Angelegenheiten im Iran das letzte Wort hat.

Raisi war mehr als drei Jahrzehnte in der Justizbehörde tätig, 2019 wurde er sogar zum Justizchef ernannt. Ihm wird nachgesagt, dass er in seiner früheren Funktion als Staatsanwalt für zahlreiche Verhaftungen und Hinrichtungen politischer Dissidenten verantwortlich gewesen sei.

Politisch ist Raisi noch ein unbeschriebenes Blatt. In einer Rede am Dienstag sprach er von Umbruch und Änderung des Status quo, womit er in erster Linie ein schnelles Ende der akuten Wirtschaftskrise herbeiführen will. Dabei sollen alle Experten, unabhängig von ihren politischen und ideologischen Tendenzen, mithelfen. Sein Kabinett soll schon am Wochenende dem Parlament vorgestellt werden. Die Auswahl der Vizepräsidenten und Minister wird dann einen genaueren Aufschluss über seinen politischen Kurs geben.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/05/3106672_0:29:1141:671_1920x0_80_0_0_d8ae7c669be591006b266b9bb134d1cf.jpg

de.rt.com: **China erzürnt über Vorwürfe von USA und Japan: "Verleumderische Äußerungen"**

Auf einem großen Gipfeltreffen der Außenminister der Staaten Ostasiens erhoben Japan und die USA Vorwürfe gegen China wegen der Uiguren und Hongkong. Doch Peking ließ sich diese aus chinesischer Sicht innere Einmischung nicht gefallen und regierte scharf.

Der chinesische Außenminister Wang Yi hat am Mittwoch die Äußerungen der Vereinigten Staaten und Japans zu Xinjiang und Hongkong sowie deren Angriffe auf China wegen angeblicher Menschenrechtsverstöße scharf zurückgewiesen, wie die chinesische Agentur Xinhua berichtete.

Wang bat auf dem 11. Ostasiengipfel der Außenminister zum zweiten Mal um das Wort, um auf die Anschuldigungen zu reagieren. Zuvor hatte er per Videolink eine Rede über die Zusammenarbeit in Ostasien gehalten.

Er wies darauf hin, dass solche "verleumderischen" Äußerungen Klischees seien, die es eigentlich nicht wert seien, widerlegt zu werden, und dass die Länder des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) nicht darauf eingegangen seien. Dennoch habe China das Recht, auf der Grundlage des Prinzips der Gegenseitigkeit eine Widerlegung der Vorwürfe vorzunehmen.

Es handle sich bei den Fragen zu Xinjiang und Hongkong um innere Angelegenheiten Chinas, sagte Wang. Unverantwortliche Äußerungen über die innere Angelegenheiten Chinas würden einen schweren Verstoß gegen die grundlegenden Normen der internationalen Beziehungen darstellen und das Prinzip der souveränen Gleichheit untergraben.

Wang mahnte:

"Wir werden solch ein abscheuliches Verhalten jedes Mal, wenn es zur Sprache kommt, entschlossen zurückweisen."

In den letzten Jahren habe sich die Bevölkerung der ethnischen Gruppe der Uiguren in Xinjiang verdoppelt, das Einkommen sei Jahr für Jahr gestiegen und das Bildungsniveau habe sich verbessert, sagte Wang. Er fragte, wie man angesichts dieser Entwicklungen von einem "Völkermord" sprechen könne.

Laut dem chinesischen Spitzendiplomaten stellen die massiven Tötungen der US-amerikanischen Indianern durch die Vereinigten Staaten den wahren Völkermord dar. Die massiven Opferzahlen unter unschuldigen Zivilisten infolge der von den Vereinigten Staaten weltweit geführten Kriege seien nicht nur dem Namen nach, sondern auch in Wirklichkeit Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Wang sagte, die Regierung von Xinjiang widerlege alle Arten von Lügen mit Fakten und

Daten. Die ethnischen Minderheiten in Xinjiang, darunter auch die Uiguren, hätten sich selbst gegen verschiedene Fehlinformationen gewehrt und dabei ihre eigenen Erfahrungen genutzt. Wang fragte:

"Die Vereinigten Staaten haben jedoch die Augen geschlossen und sich taub gestellt. Wo ist Ihr Gewissen? Wo ist Ihre Glaubwürdigkeit?"

Er fügte hinzu, dass die von den USA an den Tag gelegte Paranoia typische westliche Arroganz und Unverschämtheit darstelle.

Die Verabschiedung des Gesetzes über nationale Sicherheit in Hongkong und die Reform des Wahlsystems hätten die Stabilität und die Rechtsstaatlichkeit in der chinesischen Sonderverwaltungszone wiederhergestellt sowie die legitimen Rechte und Interessen der Einwohner Hongkongs und aller Menschen, die in Hongkong leben, gewährleistet. Er fügte hinzu, dass laut Umfragen 70 Prozent der Menschen in Hongkong mit der derzeitigen Situation zufrieden seien.

"Wenn Sie jetzt Ihre sogenannten Bedenken äußern, worüber machen Sie sich dann Sorgen? Wollen Sie, dass in Hongkong wieder Chaos und Aufruhr herrschen und dass die Kräfte der 'Hongkonger Unabhängigkeit' wieder auf die Straße gehen? Ist es das, was Sie wollen?"

Mit klaren Worten forderte Chinas oberster Diplomat die USA und Japan auf, sich von solchen Gedanken zu befreien:

"Ich möchte eines klarstellen: Machen Sie sich keine Illusionen über die Idee. Es ist unmöglich, dass Sie diesen Tag erleben!"



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/610bcffcb480cc49291eafe1.jpeg>

vormittags:

de.rt.com: **"Geht nach Russland" – Ukrainischer Präsident wendet sich an die Donbass-Bevölkerung**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat gegenüber der Donbass-Bevölkerung weitreichende Aussagen gemacht. Er sagte, dass die unkontrollierten Territorien künftig unausweichlich in die Ukraine zurückkehren. Diejenigen, die "die Ukraine nicht mögen", sollten nach Russland auswandern.

In einem Interview dem staatlichen Fernsehsender Dom (Haus) wandte sich der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij an die Bevölkerung der von Kiew nicht kontrollierten Gebiete im Osten des Landes. Da der Kanal als Nachrichtenquelle für die Einwohner dieser Region konzipiert ist, sprach er Russisch. Selenskij sagte, dass dieses Territorium niemals russisch werde. Er verglich die Situation mit dem Mauerfall in Deutschland – es sei unwichtig, wie lange es besetzt ist.

"Die Menschen, die Geschichte werden in jedem Fall die Gunst der Stunde nutzend sie zum

Einsturz bringen." Dann stellte er die Menschen vor der Wahl, ob sie sich heimisch fühlen oder Gäste sind. "Ist es Ihre Heimat, oder sind Sie ein Gast?"

"Wenn Sie Russland lieben und glauben, dass Sie Ihr ganzes Leben lang gefühlt haben, dass dieses Gebiet der Ukraine zu Russland gehört, dann sollten Sie Ihren Kindern und Enkeln zuliebe bereits jetzt einen Platz in Russland suchen – das ist das Richtige."

Es gehe aber nicht darum, jemanden rauszuwerfen, betonte Selenskij. Es gehe darum, die Frage zu beantworten, "wer Sie sind". Er wies darauf hin, dass es ohne die Ukraine auf diesem Territorium keine Zivilisation geben werde. "Die Ukraine wird sich entwickeln, wird wachsen. Der Donbass in diesem abgeschnittenen, besetzten Zustand nicht. Deswegen wird es kein Glück für diese Menschen dort geben." Aber wenn die Menschen sich als Ukrainer fühlen, die ukrainische Flagge und Sprache respektieren, sollten sie abwarten.

"Wartet ab, haltet durch. Dieses Land wird auf jeden Fall befreit werden", versprach Selenski. In den nicht anerkannten Volksrepubliken im Donbass riefen die Worte des ukrainischen Präsidenten scharfe Kritik hervor. Das Gesagte sei einfach zum Fremdschämen, sagte die Außenministerin der Volksrepublik Donezk Natalia Nikanorowa. Selenskij wisse nicht, dass der Donbass seit Jahrhunderten eine russische und russischsprachige Region war und ist, sagte sie und wies auf den Unterschied zwischen den Begriffen "russisch" und "rusländisch" hin. Außerdem verstünden die ukrainischen Behörden die wahren Ursachen des Konflikts nicht. "Ein Konflikt, der nicht nur und nicht so sehr wegen einer wirklich objektiv vorhandenen Liebe zu Russland begann, sondern in erster Linie wegen des Unwillens Kiews, uns, unsere Meinung, unsere Ablehnung der gesetzlosen Ereignisse auf dem Maidan anzuhören", schloss sie.

Scharfe Kritik an Selenskij kam vor allem von den russischsprachigen Medien in der Ukraine. Der Präsident mache auf diese Weise deutlich, dass die Ukraine bereit ist, diese Regionen nur ohne ihre derzeitige Bevölkerung zu reintegrieren, schreibt das Internetportal Strana.ua.

"Es ist allerdings nicht ganz klar, gegen welche Gesetze der Ukraine diese Selbstidentifizierung verstößt (auch in dem von Kiew kontrollierten Gebiet leben Millionen von Russen)", fährt Strana.ua fort.

"Mit derselben Logik könnte man vorschlagen, dass die Juden der Ukraine nach Israel gehen. Oder diejenigen nach Europa auszuweisen, die in die Europäische Union eintreten wollen." Die Journalistin Olesja Medwedewa kritisierte Selenskij für das gebrochene Wahlversprechen. "Selenskij demütigt weiterhin die Bewohner des Donbass. Der Mann, dem die Ukrainer bei den Präsidentschaftswahlen einen enormen Vertrauensbonus entgegenbrachten, verhöhnt nun ohne Gewissensbisse die Bürger der Ukraine und ihre Geschichte", schreibt sie auf Facebook. Selenskij's Aussagen erinnerten an den bei den Nationalisten populären Spruch "Koffer, Bahnhof, Russland", mit dem all jene zur Auswanderung aufgefordert werden, die mit der ultranationalistischen Politik nicht einverstanden sind.

Auch in Russland wurden die Äußerungen des ukrainischen Präsidenten kommentiert. Wladimir Dschabarow, Vizevorsitzender des internationalen Ausschusses im Föderationsrat, nannte sie im Gespräch mit RT "verbrecherisch".

"Im Wesentlichen sagte Selenskij, was viele ukrainische Politiker, insbesondere Nazis und die Westler, mehr als einmal gesagt haben – dass sie das Land im Donbass brauchen, aber nicht die Menschen, die dort leben. Dieses Vorgehen ist nicht nur seltsam, sondern auch verbrecherisch gegenüber der Bevölkerung des Landes. Daher denke ich, dass sie selbst die Bewohner des Donbass zur Selbstbestimmung drängen", sagte Dschabarow.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/610c0e51b480cc6a6c43285b.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 5. August 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Solotoje-5 wurde mit Granatwerfern (**5 Schüsse**) und Schusswaffen beschossen. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Medienbericht: Mossad startet Cybersabotagekampagne am Persischen Golf**
Vor dem Hintergrund der angeblichen Entführung mehrerer Tanker im Golf von Oman erklärt der Iran, dass eine israelische Cybersabotagekampagne mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten hinter den jüngsten Vorfällen in der Region stecke.
Israel soll in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) eine Cybersabotagekampagne zur Störung der regionalen Luft- und Schifffahrt gestartet haben, um damit den "Krisenherd" von den israelisch besetzten Gebieten an Persischen Golf und die Region um den Golf von Oman zu verlagern, berichtet die iranische Nachrichtenagentur Nour News, die dem Nationalen Sicherheitsrat des Iran (SNSC) angehört.
Die Cybereinheiten des Mossad hätten vor etwa einem Monat fortschrittliche Ausrüstung an eines der Emirate der VAE geliefert. Die Kampagne ziele darauf ab, "die Flug- und Seenavigationssysteme der Region am Persischen Golf zu stören und damit die regionale Sicherheitslage zu destabilisieren", berichtete Nour News am Mittwoch unter Berufung auf einen nicht genannten Sicherheitsbeamten.
Nour News beschrieb die Kampagne als "einen umfassenden Plan". Die Agentur zitierte den Beamten weiter mit den Worten, Tel Aviv habe mit der Aktion versucht, Zwietracht und Missverständnisse zwischen den Ländern der Region zu säen und sie in "unangebrachte" Konflikte zu verwickeln. Die Quelle unterstrich zudem, dass die Arbeit des israelischen Teams in "vollständiger Koordination" mit dem Geheimdienstapparat der VAE erfolge.
Israel hatte unlängst die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den VAE und Bahrain beschlossen. Mitte Juli eröffnete Abu Dhabi seine Botschaft in Tel Aviv. Hinter den Kulissen kooperieren Israel und die Emirate schon länger in Sicherheitsfragen.
Der Bericht erfolgt nur einen Tag, nachdem mindestens vier Schiffe vor der emiratischen Küste Warnungen ausgesandt hatten, dass sie die Kontrolle über ihre Steuerung verloren hätten. Bei den Schiffen handelte es sich laut Medienberichten um die Öltanker "Queen Ematha", "Golden Brilliant", "Jag Pooja" und "Abyss". Die genauen Umstände dieser Vorfälle blieben unklar. In einem anderen Vorfall berichtete eine britische Behörde erst, dass ein Schiff im Persischen Golf gekapert worden sei, und nannte den Iran als Verantwortlichen. Nach heftigem Protest aus Teheran meldete die Behörde dann plötzlich, dass der Vorfall beendet worden sei, ohne Details zu nennen, wie der gekaperte Tanker freigekommen ist. Die

iranische Regierung hat die ständigen Berichte über angebliche Sicherheitsvorfälle im Persischen Golf und im Arabischen Meer als "höchst verdächtig" verurteilt. Seitdem die Wiederbelebung des Atomabkommen mit dem Iran keine Aussicht auf Erfolg mehr hat, scheint die israelische Regierung zu versuchen, die USA von einem Militärschlag gegen den Iran zu überzeugen. Es sei allerdings fraglich, ob der Iran "leichtsinnig" genug sein werde, die USA zu provozieren und ihnen einen Vorwand oder Anreiz zum Angriff zu liefern, berichtete Haaretz vor Kurzem.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/610bbfc948fbef33920035f1.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 5. August 3:00 Uhr bis 6. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 5.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7), Staromichajlowka, Jakowlewka, Leninskoje, Kominternowo.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden durch Beschuss von Seiten der BFU zehn Wohnhäuser in Staromichajlowka beschädigt:

Krasnoflotskaja-Straße 5 (Dach);

Krasnoflotskaja-Straße 15 (Schäden an einer Hauswand, Fensterverglasung);

Krasnoflotskaja-Straße 28 (Garage beschädigt);

Krasnoflotskaja-Straße 37 (Dach des Wohnhauses);

Krasnoflotskaja-Straße 38 (Dach eines Flügels des Wohnhauses, tragend Wand);

Gorkij-Straße 29 (Dach);

Kirow-Straße 49 (Dach);

Kirow-Straße 52 (Zaun);

Kirow-Straße 54 (Wirtschaftsgebäude);

Kirow-Straße 62 (Zaun).

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 22.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden fünf Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Fall Timanowskaja: IOC entzieht zwei weißrussischen Trainern Olympia-Akkreditierung**

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) hat laut einer entsprechenden Twitter-Mitteilung im Zusammenhang mit dem Fall der Sportlerin Kristina Timanowskaja zwei weißrussischen Trainern die Olympia-Akkreditierung entzogen.

„Im Interesse des Wohls von den Sportlern des Nationalen Olympischen Komitees Weißrusslands, die sich noch in Tokio befinden, sowie als provisorische Maßnahme“ hat das IOC den Trainern Artur Schumak (Schimak) und Juri Moissewitsch (Maisewitsch) die Akkreditierung entzogen.

Diese Entscheidung wurde demnach von einer IOC-Disziplinarkommission getroffen, um die Umstände um den Fall und die Rolle der Trainer aufzuklären.

„Sie wurden gebeten, sofort das olympische Dorf zu verlassen, und sie haben das getan“, heißt es weiter.

Sie werden demnach die Möglichkeit haben, sich zu äußern.

Die beiden Funktionäre sollen zuvor der Athletin Timanowskaja in Tokio mitgeteilt haben, dass sie wegen kritischer Äußerungen in den Sozialen Medien vorzeitig in ihre Heimat zurückkehren müsse.

Der Sportlerin Kristina Timanowskaja, die nach Kritik an ihrem Verband wohl gegen ihren Willen aus Tokio ausgeflogen werden sollte, hatten mehrere Staaten Hilfe oder Asyl angeboten. Derzeit befindet sie sich in Polen, das ihr ein humanitäres Visum erteilt hat. ...



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/06/3108648_0:2:2803:1579_1920x0_80_0_0_f0cd8571c4c32a6c32afbfde5a9e2872.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 6. August um 9:00 Uhr 7115 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 5600 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 634 Todesfälle.

deu.belta.by: **Nationales Olympisches Komitee kommentierte IOC-Beschluss**

Das Nationale Olympische Komitee (NOC) hat eine Erklärung anlässlich des Beschlusses der Disziplinarkommission des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), zwei belarussische Trainer von den Olympischen Spielen in Tokio auszuschließen, abgegeben, teilte der NOC-Pressedienst mit.

Am 5. August habe die IOC-Disziplinarkommission beschlossen, Juri Moisewitsch und Artur Schumak die Akkreditierung für die XXXII. Olympischen Spiele in Tokio zu entziehen. Das IOC weist darauf hin, dass diese Maßnahmen vorübergehend seien. Die Ermittlungen würden fortgesetzt, heißt es im Beschluss.

Das belarussische NOC bestätigt diese Informationen. Die beiden Trainer kommen bald nach Minsk. Sie haben das Recht, Stellung zu nehmen.

Seinerseits sei das NOC Belarus für einen gegenseitigen Dialog offen und pflege eine enge Zusammenarbeit mit dem IOC zur Aufklärung aller Umstände dieses Vorfalls. Das belarussische NOC will nach wie vor die Interessen von belarussischen Athleten und Athletinnen sowie vom Trainerteam bzw. vor allerlei Benachteiligungen, falls solche festgestellt werden, schützen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000028_1628237054_57996_big.jpg

Mzdnr.ru: Am 5. August wurden in der DVR 663 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 189 positiv, bei 21 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 6. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 49.535 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

4884 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 40.979 als gesund entlassen, es gibt 3672 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 153 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, einer mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 107 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1824 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 756 mit Sauerstoffunterstützung (+49 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2211 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

de.rt.com: **Peking verspricht notwendige legitime Reaktion auf millionenschweren US-Waffenverkauf an Taiwan**

China verspricht Vergeltung für US-Präsident Joe Bidens ersten Waffenverkauf an Taiwan im Wert von 750 Millionen US-Dollar. Peking vertritt die Ansicht, das Geschäft schade den bilateralen Beziehungen und untergrabe die Souveränität Chinas.

Am Donnerstag hat das chinesische Außenministerium erklärt, Taiwan sei ein unveräußerlicher Teil des chinesischen Territoriums. Man verurteilte den geplanten Verkauf US-amerikanischer Waffen an Taiwan und warf Washington vor, taiwanesisches

Separatistengruppen zu ermutigen und den Frieden und die Stabilität in der Region zu bedrohen. In einer Erklärung machte das chinesische Außenministerium deutlich: "China wird angesichts der Entwicklung der Situation entschlossene, legitime und notwendige Gegenmaßnahmen ergreifen."

Der Waffenverkauf liefe "dem internationalen Recht und den Grundprinzipien der internationalen Beziehungen" zuwider, hieß es.

Mit dem am Mittwoch genehmigten Verkauf erlauben die USA Taiwan den Erwerb von selbstfahrenden Artillerieeinheiten, präzisionsgelenkter Munition, Maschinengewehren vom NATO-Kaliber 12,7 × 99 Millimeter und Militärfahrzeugen im Gesamtwert von rund 750 Millionen US-Dollar. Der US-Kongress hat ab Mittwoch 30 Tage Zeit, um die Maßnahme anzufechten, wobei nicht zu erwarten ist, dass die Senatoren den Transfer stoppen werden. Regierungsvertreter aus Taiwan lobten die militärische Unterstützung der USA als "Grundlage für die Aufrechterhaltung der regionalen Stabilität" und äußerten Dankbarkeit für die bevorstehende Waffenlieferung. Diese helfe den taiwanesischen Streitkräften, die "Fähigkeit zu einer schnellen Reaktion" sowie die Feuerkraft zu verbessern.

Neben Bidens erstem Waffenverkauf an Taiwan unterhält die US-Regierung weitere sicherheitspolitische und militärische Beziehungen mit der Insel. Unter anderem kreuzen US-amerikanische Kriegsschiffe unter dem Vorwand der "freien Schifffahrt" regelmäßig in der Meerenge von Taiwan und ziehen damit den Zorn Pekings auf sich.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/610cd53448fbef56fb1742b5.JPG>

nachmittags:

telegram-Kanal des Außenministeriums der LVR: **Erklärung des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego**

Mit seinen Erklärungen, dass „der Donbass niemals russisch wird“ hat Selenskij ein weiteres Mal bestätigt, dass niemand in der Ukraine die Absicht hat, die Meinung der Einwohner des Donbass zu berücksichtigen.

Und in seinem Satz an diejenigen, die nicht bereit sind, sich damit abzufinden – „sie sollen gehen und sich einen Platz in der RF suchen“ – gibt es nichts Neues: Gerade mit diesen Worten der ukrainischen Nationalisten und dem Verbot für alles Russische hat der Konflikt im Donbass auch begonnen.

Im März 2014, von wo an Selenskij warum auch immer den Beginn des Konflikts zählt, hatten ukrainische Nationalisten bereits einen militärischen Staatsstreich in Kiew durchgeführt und das mit dem legitimen Präsidenten unterzeichnetes Abkommen über eine politische Regelung (deren Garanten übrigens Frankreich, Deutschland und Polen waren) ignoriert, in der Obersten Rada für das Gesetz über ein Verbot der russischen Sprache

abgestimmt, die Richtung auf Eintritt der Ukraine in EU und NATO erklärt, sie haben einen „Zug der Freundschaft“ in den Donbass geschickt, um alles Russische zu unterdrücken. Aber es scheint so, dass niemand das Selenskij erklärt hat und er selbst nicht in der Lage ist „zwei plus zwei“ zusammenzuzählen und in der Kette von Ereignissen der neuesten Geschichte den Ursache-Folge-Zusammenhang zu verfolgen.

In seinem Zynismus hat Selenskij alle Grenzen überschritten, indem er behauptet, dass die einheimischen Einwohner der Donbass, die der Geisteshaltung nach russisch sind, einen „großen Fehler“ begehen, wenn sie weiter auf dem Land ihrer Vorfahren leben.

Wenn nun Selenskij so argumentiert, so sollte er vor allem den Anhängern der Eurointegration, den Initiatoren des „Euro-Maidan“ erklären, dass, wenn sie nun so nach europäischen Werten streben, es für sie „ein großer Fehler ist, weiter in der Ukraine zu leben“. Das wäre ehrlich. Und es hätte keinen Krieg im Donbass gegeben, wenn diejenigen, die Selenskij solche Gedanken diktieren, seinerzeit zusammen mit allen Anhängern der Eurointegration nach Europa gegangen wären!

Aber nein, der „große Fehler“ betrifft, im kurzsichtigen Verständnis Selenskij, nur die Russen! Und daran liegt das ganze neofaschistische Wesen der derzeitigen ukrainischen Staatspolitik.

snanews.de: Fall Timanowskaja: IOC-Chef schließt neue Sanktionen gegen Belarus nicht aus

Nachdem das Internationale Olympische Komitee (IOC) zwei belarussischen Trainern die Akkreditierung entzogen hat, hält IOC-Präsident Thomas Bach weitere Strafmaßnahmen gegen Belarus im Fall der Olympia-Teilnehmerin Kristina Timanowskaja für möglich. Die belarussische Sprinterin behauptet, die Behörden ihres Heimatlandes hätten sie aus Tokio entführen wollen, nachdem sie belarussische Sportfunktionäre öffentlich kritisiert hatte. Die 24-Jährige ist inzwischen mit einem humanitären Visum nach Polen ausgereist. „Das Disziplinarverfahren ist noch nicht vorbei. Die Disziplinarkommission wird angemessene Maßnahmen treffen und Sanktionen verhängen“, sagte Bach laut DPA am Freitag in Tokio. „Wir waren von Anfang an mit Kristina in Kontakt. Wir sind sehr froh, dass sie in Sicherheit ist.“

Die 200-Meter-Spezialistin Timanowskaja wirft ihren Trainern vor, dass sie bei den Spielen ohne vorherige Rücksprache kurzfristig für einen 400-Meter-Lauf eingeplant worden sei. Das IOC hatte am Freitag den Leichtathletik-Trainern Artur Schimak und Juri Maisewitsch die Zulassung für die Tokio-Spiele entzogen. Die beiden Funktionäre sollen Timanowskaja in Tokio mitgeteilt haben, dass sie wegen kritischer Äußerungen in den Sozialen Medien vorzeitig in ihre Heimat zurückkehren müsse.

Bereits im Dezember 2020 hatte das IOC den belarussischen Staatschef, Alexander Lukaschenko, und seinen Sohn Viktor für alle olympischen Aktivitäten gesperrt. Lukaschenko sen., der seit 1994 in der Ex-Sowjetrepublik regiert, hatte lange auch das Nationale Olympische Komitee geführt.

Wegen des Falls Timanowskaja fordern Sportler eine Sperre des kompletten NOK. Zum Einfluss des IOC auf Lukaschenko sagte Thomas Bach: „Das IOC ist nicht in der Position, politische Systeme in einem Land ändern zu können.“



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/0e/2828903_0:0:3001:1688_1920x0_80_0_0_be98dc02713132f1afce91db3b711f8f.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 31. Juli bis 6. August 2021**

Die ukrainische Seite verletzt nach wie vor ihre Verpflichtungen.

So wurden **in den letzten 24 Stunden fünf Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Richtung Donezk haben Strafruppen des 1. Bataillons der 28. Brigade von den Positionen in Galizynowka aus sechs Geschosse mit 122mm-Artilleriesystemen auf **Staromichajlowka** abgefeuert. Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK wurden infolge des Beschusses zehn Wohnhäuser beschädigt.

Außerdem haben Kämpfer des 2. Panzergrenadierbataillons der 72. Brigade von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus **Jakowlewka** unter Einsatz von Antipanzergranatwerfern und einem großkalibrigen Maschinengewehr beschossen und acht Granaten abgefeuert, Kämpfer des 109. Gebirgsturmbataillons der 10. Brigade von den Positionen im Schumy aus die **Siedlung des Bergwerks 6/7** beschossen und zwei Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgefeuert.

In Richtung Mariupol haben Strafruppen eines Panzergrenadierbataillons der 128. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Gontscharuk von den Positionen in Wodjanoje aus **Leninskoje** und **Kominternowo** beschossen und vier Granaten mit automatischen Granatwerfern und zwei Granaten mit Antipanzergranatwerfern abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **zwei Feuerprovokationen** begangen.

In Richtung Donezk haben Kämpfer des 15. Panzergrenadierbataillons der 58. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Kaschtschenko von den Positionen in Opytnoje aus **Wesjoloje** und das **Gelände des Flughafens** von Donezk beschossen und acht 120mm-Mörsergeschosse abgefeuert.

In der letzten Woche wurden insgesamt **25 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt. Der Gegner hat Ortschaften der Republik unter Einsatz von Mörsern des Kalibers 120mm und 82mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich **elf Ortschaften** der Republik: Kominternowo, Wesjoloje, Leninskoje, Jakowlewka, Sachanka, Oktjabrj, Grigorowka, Staromichalowka, das Gebiet des Flughafens von Donezk, die Siedlungen des Gagarin-Bergwerks und des Bergwerks 6/7 in Gorlowka.

Infolge eines Terroraktes der ukrainischen Kämpfer wurden beim Beschuss von Kominternowo **zwei zivile Einwohner unserer Republik verletzt**. Mit Trauer teilen wir mit,

dass eine der Verletzten, **eine Frau**, geb. 1964, infolge der Verletzungen in einem Krankenhaus in Nowoasowsk **starb**.

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK wurden infolge von Beschuss durch Strafruppen der 28. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf Staromichajlowka sieben Wohnhäuser beschädigt:

Krasnoflotskaja-Straße 5, 28, 37, 38;

Gorkij-Straße 29;

Kirow-Straße 52, 54.

Beim Beschuss des Nikitowskij-Bezirks von Gorlowka wurden vier Wohnhäuser beschädigt:

Otbojnaja-Straße 3, 6, 10;

Fenolnaja-Straße 36.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die Versuche der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Die Materialien zu allen Verbrechen und Fällen von Beschuss von Seiten der BFU wurden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Materialien der Strafverfahren gegen die ukrainischen Kommandeure hinzuzufügen.

Zum Schutz der Zivilbevölkerung vor dem Beschuss der ukrainischen Kämpfer waren die Einheiten der Volksmiliz der DVR gezwungen, entsprechend Punkt „e“ der Maßnahmen sieben mal das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen zu erwidern und die Feueraktivität des Gegners zu unterdrücken.

Nach unseren Informationen betrug der Verluste der ukrainischen Kämpfer vier Tote und drei Verletzte.

Mit Trauer teilen wir mit, dass durch feindlichen Beschuss **vier Verteidiger unserer Republik starben**. Wir sprechen den Verwandten und Freunden der getöteten Soldaten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Beobachter der OSZE-Mission haben bestätigt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 43 Stück **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** in 16 von ihnen kontrollierten Ortschaften stationiert sind.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmbrigade:

Jenseits der Abzugslinien aber außerhalb der vorgegebenen Lagerorte für Waffen wurden an der Eisenbahnstation von Konstantinowka acht Artilleriegeschütze „Nona-S“ und acht Haubitzen 2S1 „Gwodika“ bemerkt;

vier Schützenpanzer, ein Panzerschlepper und ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern von Dylejewka.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Nowobachmutowka;

zwei Schützenpanzerwagen und ein Schützenpanzer in einem Wohngebiet in der Nähe von Troizkoje.

Ein Abwehrraketenkomplex „Tunguska“ in einem Wohngebiet in der Nähe von Otscheretino.

Aus dem Bestand der 128. Gebirgssturmbrigade:

ein Panzerschlepper im Gebiet von Lebedinskoje und zwei Schützenpanzer in der Nähe von Lomakino in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern;

ein Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines Objektes am Rand von Sartana;

ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in einem Wohngebiet von Mariupol;

zwei Abwehrraketenkomplexe 9K33 „Osa“ in einem Wohngebiet in der Nähe von Kasjanokwa;
ein Schützenpanzerwagen und zwei Schützenpanzer in der Nähe von Wohnhäusern in Gnutowo;
ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in einem privaten Sektor am Rand von Pawlopol.

Aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade:
ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet in der Nähe von Newelskoje;
zwei Schützenpanzer in Wirtschaftsgebäuden in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern in Selidowo.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:
ein Panzertransporter in der Nähe von Häusern am südwestlichen Rand von Starognatowka.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:
ein Schützenpanzerwagen in einem privaten Sektor am Rand von Marjinka.

Wir rufen die Einwohner der von Kiew besetzten Territorien auf, die Stationierung von Waffen und Militärtechnik in der Nähe ihrer Häuser und von Objekten der zivilen Infrastruktur nicht zuzulassen. Informieren sie über alle solchen Fälle die Mitarbeiter der OSZE-Mission (Angabe von Telefonnummern und E-Mail-Adresse).

Nur die öffentliche Bekanntmachung von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer wird es erlauben, das eigene Leben und das von Verwandten und Freunden zu schützen.

Die ukrainischen Kämpfer verletzen weiter das Mandat der OSZE-Mission, indem sie das Monitoring mit Drohnen der Mission auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium behindern.

Um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 10., 58., 72., 28., 93. und 128. Brigade zu verhindern, hat der Gegner aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt.

In der letzten Woche wurden 15 Fälle der Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen der OSZE-Beobachter entlang der ganze Kontaktlinie in den Gebieten folgender Ortschaften festgestellt: Netajlowo, Bogdanowka, Slawnoje, Anadol, Troizkoje, Talakowka, Kremenewka, Osarjanowka.

Außerdem wurde festgestellt, dass der Gegner, um die Entdeckung von Verstößen von Seiten der 28. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zu verhindern, versucht hat, Drohnen der OSZE-Mission im Gebiet von Slawnoje mit Schusswaffen abzuschießen.

Außerdem haben gemäß dem Bericht der OSZE-Mission vom 31. Juli 2021 Kämpfer der 72. Brigade im Gebiet von Awdejewka in Verletzung der Minsker Vereinbarungen entgegen dem Verbot zur Nutzung jeglicher Arten von Fluggeräten, wie es in der Entscheidung der dreiseitigen Kontaktgruppe vom 22. Juli 2020 über Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueinstellung vorgesehen ist, **Drohnen eingesetzt.**

Wir rufen die örtliche Bevölkerung auf, äußerst wachsam und vorsichtig zu sein, alle bekannt gewordenen Fälle von Verminung von Örtlichkeiten durch Einheiten der BFU der OSZE-Mission, der Staatsanwaltschaft und der militärisch-zivilen Verwaltung mitzuteilen, um Strafverfahren gegen die ukrainischen Kommandeure aufzunehmen.

In den Reihen der ukrainischen bewaffneten Formationen nehmen die nicht kampfbedingten Verluste unter dem Personal weiter zu.

So betrogen im Zeitraum vom 30. Juli bis 6. August in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ die nicht kampfbedingten Verluste sieben Mann, darunter ein Toter und sechs unterschiedlich schwer Verletzte:

Am 30. Juli erlitten zwei Kämpfer der 58. Brigade Detonationsverletzungen, als sie auf eine Antipersonenmine PMN-2 gerieten, die von ihren Kameraden installiert worden war.

Am 31. Juli erlitten zwei Soldaten aus einer Drohnenmannschaft einer Aufklärungskompanie

der 93. Brigade bei der Umrüstung einer Drohne des Typs „Phantom-4“ zu einer Kampfdrohne unterschiedliche schwere Splitterverletzungen in der Folge der Detonation einer selbstgebauten Sprengvorrichtung.

Am 2. August erlitten zwei Kämpfer der 128. Brigade schwere Körperverletzungen in der Folge eines Konflikts mit örtlichen Einwohnern von Mariupol.

Außerdem erlitt am 4. August ein Kämpfer der 28. Brigade, der einfache Soldat Owtsharenko, infolge von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe in betrunkenem Zustand eine tödliche Schussverletzung. Das Brigadekommando führt eine Ermittlung zu diesem Fall durch, aber der Vorfall wird sorgfältig gegenüber dem übergeordneten Kommando verheimlicht.

Es muss angemerkt werden, dass die Unfähigkeit der unterstellten Kommandeure der ukrainische Streitkräfte, nicht kampfbedingte Verluste unter dem Personal zu verhindern, traditionsgemäß vom Stab der OOS zur **Fälschung von Berichtsdaten** und zur Beschuldigung der Einheiten der Volksmiliz der DVR in Bezug auf Beschuss genutzt wird. Vor dem Hintergrund der Zunahme von nicht kampfbedingten Verlusten durch Geraten auf eigene Minen ist die Korruption als Folge von Rechtsverletzungen von Seiten des Kommandos ein nicht minder wichtiges Problem in der ukrainischen Armee.

Die ständige Zunahme der nicht kampfbedingten Verluste in den Reihen der ukrainischen bewaffneten Formationen wird in erster Linie durch das **Fehlen von militärischer Disziplin vor dem Hintergrund des schlechten moralisch-psychischen Zustands der Soldaten** hervorgerufen. Wir erhalten regelmäßig Informationen von örtlichen Einwohnern und von den Soldaten selbst über neue Verbrechen.

So ereignete sich ein weiterer Fall in Dobropolje, wo am 3. August drei Kämpfer des 2. Bataillons der 72. Brigade einen Raubüberfall auf einen örtlichen Einwohner begingen. Die Verbrecher raubten bei dem Bürger, geb. 1966, Geld und persönliche Dinge. Bei Fahndungsmaßnahmen wurden sie festgenommen. Gegen sie wurden Strafverfahren aufgenommen. Um die Diskreditierung der ukrainischen Armee zu verhindern, werden die Informationen über dieses Verbrechen unter Beteiligung von Kämpfer der 72. in den Medien verheimlicht. Der Brigadekommandeur Oberst Bogomolow weiß, dass er im Fall der Veröffentlichung von Informationen über derartige Verbrechen, die in diesem Verband regelmäßig vorkommen, seine Posten verlieren kann.

Nicht besser ist die Lage mit der Disziplin in der 28. Brigade, wo allein in der letzten Woche vier Kämpfe eigenmächtig den Truppenteil mit der Waffe verließen und bisher keinerlei Maßnahmen zu ihrer Suche unternommen wurden. Der Brigadekommandeur Oberst Martschenko verheimlicht, wie auch sein Kollege Bogomolow, die Informationen über die Deserteure sorgfältig.

Ein weiterer Fall von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils wurde im 1. Bataillon der 93. Brigade entdeckt. Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes führen eine Ermittlung zu diesem Fall durch, bei der festgestellt wurde, dass der einfache Soldat Kuleschow am 4. August eigenmächtig den Stationierungsort des Truppenteils in der Folge eines Konflikts mit dem Kompaniekommandeur Hauptmann Parasjuk verließ und seine Dienstwaffe – eine AK-74-Maschinenpistole – sowie Patronen für diese mitnahm. Der Aufenthaltsort des Soldaten ist derzeit nicht bekannt.

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Fällen von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils arbeitet seit dem 5. August in den Einheiten der 93. Brigade eine weitere Kommission des Stabs der OOS, um die Buchhaltung des Personals zu kontrollieren und den moralisch-psychischen Zustand der Soldaten zu bewerten.

Außerdem führt das Kommando der Operation der Besatzungskräfte im Zusammenhang mit der Zunahme der Zahl grober Disziplinarverstöße und Verbrechen in betrunkenem Zustands prophylaktische Maßnahmen zur Verstärkung der Kontrolle über die Soldaten durch. Der militärische Rechtsordnungsdienst hat im Rahmen der Maßnahmen die Frage der Bewegung

von Soldaten in der Operationszone unter strikter Kontrolle genommen.
Derzeit werden in der OOS-Zone Fahndungsmaßnahmen nach Soldaten durchgeführt, darunter auch Offiziere, die eigenmächtig das Stationierungsgebiet der Einheiten verlassen haben. Für diese Maßnahme werden Einheiten des militärischen Rechtsordnungsdienstes, der Polizei und der Nationalgarde der Ukraine herangezogen. So ist die militärische Disziplin und der moralisch-psychische Zustand des Personals der Verbände und Truppenteile, die Aufgaben in der OOS-Zone erledigen, weiter auf einem geringen Niveau.

In den Einheiten der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik gehen die Übungen zur militärischen Ausbildung, zur Vervollkommnung von Wissen und praktischen Fertigkeiten der Soldaten weiter. Das Niveau der professionellen Ausbildung unserer Verteidiger erlaubt es, erfolgreich jegliche aggressiven Handlungen der Kiewer Kämpfer abzuwehren.

snanews.de: **Brasilien bald Nato-Partner? USA stellen Bedingungen**

Die Vereinigten Staaten haben Brasilien angeboten, globaler Nato-Partner zu werden – doch das nicht ganz ohne Bedingungen. Das Land muss künftig chinesischen Unternehmen bei der Verwendung seiner eigenen 5G-Netze eine Absage erteilen.

Darüber berichtete die brasilianische Zeitung „Folha de S. Paulo“ unter Berufung auf Quellen im Verteidigungsministerium der südamerikanischen Republik. Der Vorschlag wurde bei einem Treffen zwischen dem US-Sicherheitsassistenten Jake Sullivan und dem brasilianischen Verteidigungsminister, Walter Souza Braga Netto, geäußert.

Der Partnerstatus würde es dem brasilianischen Militär ermöglichen, Waffen zu günstigen Bedingungen zu erwerben und am Ausbildungsprogramm für Militärpersonal teilzunehmen. Wenn Brasilien diesen Status erhält, kann es im Falle militärischer Konflikte unter Beteiligung der Nato dem Block beitreten.

Washington würde der südamerikanischen Republik eine solche Gelegenheit bieten, um chinesische Telekommunikationsunternehmen daran zu hindern, auf nationale Mobilfunknetze der fünften Generation (5G-Netze) zuzugreifen.

Es sei darauf hingewiesen, dass nicht alle brasilianischen Offiziere die Partnerschaft unter diesen Bedingungen unterstützen. Das Militär sagt, dass sich die Ausrüstung des chinesischen Unternehmens Huawei nie als problematisch erwiesen habe.

Im Jahr 2020 hatten die US-Behörden Brasilien versprochen, eine Milliarde Dollar für den Kauf von Telekommunikationsgeräten zwecks des Aufbaus von 5G-Kommunikationsnetzen bereitzustellen. Geld sollte das Land allerdings nur in dem Fall bekommen, wenn es Verträge mit Konkurrenten des chinesischen Telekommunikationsriesen Huawei unterschreibt.

Die Washingtoner Regierung betrachtet Huawei als Bedrohung der nationalen Sicherheit. Die Behörden hatten dem Unternehmen vorgeworfen, im Interesse der chinesischen Regierung Technologien gestohlen und personenbezogene Daten von Nutzern weltweit gesammelt zu haben. Die Vereinigten Staaten versuchen, ihre Partner davon zu überzeugen, den Aufbau kritischer Infrastrukturen auf der Grundlage ihrer Technologien einzustellen.

China gilt als einer der wichtigsten Handelspartner der BRICS-Staaten, zu denen auch Brasilien gehört. Laut einem Bericht des Analyseentrums der russischen Regierung beruht der Vorteil der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den BRICS-Mitgliedern auf der unterschiedlichen Exportstruktur, im Rahmen derer China seinen Partnern elektrotechnische Geräte zur Verfügung stellt.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/06/3114333_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_1457d4404df4fa1a487c58a946583c48.jpg

mil-lnr.su: Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant A.N. Masejkin über die Lage an der Kontaktlinie vom 31. Juli bis 6. August 2021

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und ziehe die Bilanz der letzten Woche.

In den letzten 24 Stunden wurde **eine Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Solotoje-4 aus **Solotoje-5** mit Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In der letzten Woche wurden **11 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten des Gegners in Richtung Popasnaja und Slawjanoserbsk festgestellt, wobei **fünf Ortschaften** beschossen wurden. ...

Die nicht kampfbedingten Verluste unter den Soldaten der BFU betragen in der letzten Woche 15 Mann, davon fünf Tote. ...

snanews.de: Migrationsskandal: Weißrussland stationiert zusätzliche Einheiten an Grenze zu Litauen

Weißrussland hat laut dem Sprecher des Staatlichen Grenzkomitees des Landes, Anton Bitschkowski, einen verstärkten Schutz an seiner Grenze zu Litauen angekündigt. Minsk wirft dem baltischen Staat vor, Migranten, deren Ziel EU-Länder sind, organisiert an die weißrussische Grenze zurückzuschicken.

Entlang des gesamten Grenzabschnitts werden nun „mobile taktische Grenzgruppen eingesetzt, die zusätzlich ausgerüstet sind, um die gestellten Aufgaben zu lösen“. Der verstärkte Grenzschutz solle auch Provokationen aus Litauen verhindern.

Am 4. August wurde an der Grenze zwischen Weißrussland und Litauen ein irakischer Migrant mit schweren Körperverletzungen gefunden, der später starb. Die weißrussische Staatsanwaltschaft leitete Ermittlungen ein. Präsident Alexander Lukaschenko ordnete danach an, die Grenze besser zu schützen, damit „die weißrussische Bevölkerung sich sicher fühlt – vor dem Hintergrund der Vertreibung von illegalen Migranten über offizielle Kontrollpunkte“. Präsident Alexander Lukaschenko hatte als Reaktion auf die westlichen Sanktionen angekündigt, Flüchtlinge aus Kriegsgebieten auf ihrem Weg in die EU passieren zu lassen. Seit Anfang Juli melden die Länder in der Nachbarschaft von Belarus einen erhöhten Zustrom

illegaler Migranten.

Besonders stark ist davon Litauen mit seiner fast 680 Kilometer langen Grenze zu Belarus betroffen. Offiziellen Angaben zufolge haben litauische Behörden seit Jahresbeginn mehr als 4.000 illegale Grenzgänger festgenommen. Das ist um das 50-Fache mehr als im ganzen Jahr 2020. Die litauische Regierung hat die Asylregelungen verschärft und mit dem Bau eines Grenzzauns begonnen. Außerdem hat das Land die EU um Hilfe gebeten. Am 3. August begannen litauische Grenzbeamte, illegale Migranten nach Weißrussland zurückzuschicken. Der weißrussische Grenzschutz meldet immer wieder, dass Litauen die illegalen Migranten zunehmend auch gewaltsam zurück über die Grenze zu Weißrussland abschiebe. Litauische Grenzschutzbeamte weisen Informationen über Machtmissbrauch an der Grenze zu Weißrussland zurück. Auch der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis kontert, dass keiner der illegalen Einwanderer in Litauen verletzt oder auf jemanden geschossen worden sei.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/08/06/3116728_0:49:3174:1834_1920x0_80_0_0_3d8adc9ef28936f545121379afe66832.jpg